

linkskontrovers

Diskussionsorgan von Die Linke.SDS # September 2010



Dreimal Bildungsstreik - und was jetzt?

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

die neue Ausgabe des Linkskontrovers ist leider etwas verspätet erschienen. Die Chefredakteurin war erkrankt, ihr Stellvertreter musste eine wichtige Programmdebatte führen, mehrere Redakteure hängen noch immer im besetzten Hörsaal fest, der Praktikant hatte Probleme mit der Toilette und die Layouter sind im „StarCraft 2“-Fieber. Im Ernst, leider ist es um die Redaktion des Linkskontrovers noch immer sehr dünn bestellt, weswegen die Zusammenstellung der Beiträge noch keinem Konzept folgt, sondern allein der Eigeninitiative der Autoren.

Daher findet sich hier leider Artikel zur Einschätzung der Wirtschaftslage, zu den bevorstehenden Krisenprotesten, zum aufblühenden Rassismus, zur Vorbereitung der Proteste gegen den Nazi-Aufmarsch in Dresden 2011 oder zur Programmdebatte in der LINKEN.

Wenn wir ein Verbandsmagazin wollen, das gezielt Themen im SDS aufgreift, Kontroversen aufbereitet und begleitet, und das Theorie und Erfahrungen für den ganzen Verband nutzbar machen soll, dann brauchen wir Unterstützung.

Wer Interesse an der Mitarbeit in einer solchen Redaktion hat, melde sich bitte bei Georg (g.frankl@gmx.net)!

Herzlichen Dank an dieser Stelle noch einmal an alle Beitragschreiber!

Viel Spaß beim Lesen!

Inhalt

Bildungsstreik

- 3 **Dreimal Bildungsstreik und was jetzt?**
Paula Rauch, Bundesvorstand
- 7 **Choreographie des Lübecker Widerstands**
Christoph Nogacki

Diskussion: Struktur von Die Linke.SDS

- 8 **Alle Macht den Räten im SDS?**
SDS.Die Linke MLU Halle
- 11 **Handlungsfähig bleiben!**
Franziska Lindner, Jana Werner
- 12 **Rätedemokratie und Handlungsfähigkeit widersprechen sich nicht!**
SDS.Die Linke MLU Halle

Theorie

- 14 **Marxistische Anthropologie als Vortheorie kritischer Wissenschaften**
Alexander Schröder
- 18 **„Der Sozialismus ist nicht gescheitert“**
taz-Interview mit Florian Wilde

Nächste Ausgabe

Das nächste Linkskontrovers erscheint voraussichtlich im Dezember 2010.

**Beiträge bitte bis Ende November an:
g.frankl@gmx.net**



Dreimal Bildungstreik und was jetzt?

- BUNDESVORSTAND DIE LINKE.SDS UND PAULA RAUCH (LINKSJUGEND ['SOLID] BERLIN) -

Dreimal haben wir in den letzten eineinhalb Jahren bundesweite Bildungstreiks auf die Beine gestellt: Hunderttausende waren auf der Straße, viele von ihnen zum ersten mal überhaupt, über 80 Hörsäle wurden besetzt und hunderte junger AktivistInnen haben wertvolle Erfahrungen gesammelt. Nachdem auch im vergangenen Juni wieder knapp 100.000 Schülerinnen und Schüler, Studierende und Auszubildende für ein besseres Bildungssystem protestiert haben, stehen wir nun vor der Frage, ob und wie es mit dem Bildungstreik weitergehen wird. Dieses Papier soll ein Anstoß und Input für diese Debatte sein, deshalb freuen wir uns über Rückmeldungen, Kritik und Meinungen, bitte schickt sie an paula@emailn.de

Der Bildungstreik war ein voller Erfolg. Ersten hat er politisiert: Hunderttausende junge Leute waren in den Straßen, ein Großteil von ihnen hat damit ihre ersten politischen Erfahrungen gemacht. Vor allem im Juni 2009 war in Berlin die Erfahrung, dass die Bildungstreikdemo am 17. Juni für viele ihre erste Demonstration überhaupt war. Bei der Besetzungswelle im vergangenen Herbst waren an vielen Hochschulen vor allem die Erst- und Zweitsemester aktiv und haben tage-, manchmal wochenlang in den besetzten Hörsälen gelebt, jeden Tag Diskussion um die bestehenden Missstände, Forderungen, Gott und die Welt geführt. Es hat sich damit eine neue Schicht von mehr oder weniger bewusst linken Jugendlichen/ jungen Erwachsenen herausgebildet. Auf der einen Seite die "reinen Demogänger", die sich oft zum ersten Mal überhaupt mit Politik beschäftigt haben, und sei es unterbewusst und auf einem relativ niedrigen Niveau, auf der anderen Seite aber vor allem neue AktivistInnen, die bei den Besetzungen und in den Bildungstreikbündnissen aktiv geworden sind, wertvolle Erfahrungen gesammelt haben, aber vor

allem auch oft angefangen haben, sich über die Bildungspolitik hinaus Gedanken zu machen. Denn von der Ökonomisierung der Bildung kommt man sehr schnell zur Frage über die Rolle der Bildung in unserer Gesellschaft, zu kapitalistischer Verwertungslogik und letztendlich auch zur Erkenntnis, dass eine andere Gesellschaft, in der es um die Bedürfnisse der Menschen geht und nicht um die Profite der Wirtschaft möglich und nötig ist.

Der Bildungstreik hat aber nicht nur die TeilnehmerInnen politisiert, er hat auch in der breiten Öffentlichkeit: in den Medien, am Wohnzimmertisch und letzten Endes auch in der Politik, eine Diskussion um die Probleme im Bildungssystem angestoßen. Ohne den Bildungstreik würden beispielsweise der Bologna-Prozess und seine Umsetzung als alternativlos oder gelungen gelten. Die Bildungspolitik ist durch den Bildungstreik und die damit verbundene mediale Aufmerksamkeit wieder zu einem wichtigen Thema in der Politik geworden: im Vorfeld der NRW-Landtagswahlen im Mai 2010 war die Bildungspolitik Wahlkampfthema, nicht zuletzt weil auch von uns Studiengebühren und das mehrgliedrige Schulsystem immer wieder, und auch in dieser politisierten Zeit, auf den Tisch gebracht wurden.

Vor einem Jahr im Juni versuchte uns Bildungsministerin Schavan noch mit platten Phrasen zu diskreditieren. Der öffentliche Druck, der auch durch das Verständnis und die Solidarität unseren Protesten gegenüber in der Breite der Gesellschaft entstand, zwang sie aber dazu, ihre Äußerungen nicht nur zurück zu nehmen sondern uns später noch (wenn auch kosmetische) Zugeständnisse zu machen. Die Bafög-

Erhöhung, wenn auch keine wirkliche Verbesserung weil kaum mehr als ein Angleichen an die Inflation, steht jetzt zwar auf der Kippe, wurde aber, ebenso wie die Erhöhung des Büchergeldes für StipendiatInnen, eindeutig als Versuch uns zu beschwichtigen eingebracht. Das zeigt, dass der Bildungsstreik bei den Verantwortlichen in der Politik offenbar als ernsthafte Bedrohung wahrgenommen wurde, sonst hätten sie sich in Zeite von Finanz- und Wirtschaftskrise ganz sicher nicht dazu durchringen können. Dass im gerade veröffentlichten größten Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik der Bildungsetat der einzige ist, an dem nicht gekürzt werden soll, hängt sicher auch nicht nur an der Freundschaft zwischen Merkel und Schavan sondern ist vielmehr ein Zeichen von Angst vor massiven Protesten gegen die geplanten Kürzungen - die man uns offenbar zutraut. Die Erfahrung, dass durch Druck von der Straße etwas bewegt werden kann ist für viele, gerade die neuen AktivistInnen, wichtig.

Obwohl also keine unserer Kernforderungen, und nichtmal weniger radikale Forderungen wie die Abschaffung der Anwesenheitslisten, durchgesetzt wurden, hat der Bildungsstreik viele weniger offensichtliche Erfolge mit sich gebracht. Sich das hin- und wieder auf den Schirm zu rufen ist für viele AktivistInnen wahrscheinlich ziemlich hilfreich.

Bewegung im Niedergang?

Der 9. Juni war nach dem 17. Juni und dem 17. November 2009 der dritte bundesweite Aktions- bzw. Demotag im Rahmen des Bildungsstreiks. Mal abgesehen von den Hörsaal-Besetzungen, die es um den Aktionstag herum gegeben hat, haben sich diese drei "Events" nur wenig von einander unterschieden: Es gab jedes mal eine Aktionszeit (im Sommer jeweils eine Woche, im Herbst durch die spontanen Besetzungen bedingt länger) die ihren Höhepunkt jeweils am Mittwoch mit Demonstrationen in der ganzen Bundesrepublik hatte. Bis auf die Besetzungen im Herbst, war die Vorbereitung Monate lang, bundesweit und geplant. Es handelte sich also nicht um spontane Abwehrkämpfe sondern langfristig geplante Aktionen ohne konkreten Anlass. Dies ermöglichte das Heranwachsen einer neuen Generation von AktivistInnen, eine Bildungspolitische Breite (es ging um das Bildungssystem als ganzes, mit all seinen Missständen und nicht nur um ein konkretes Thema, zB. Studiengebühren) und zuletzt auch eher träge Strukturen wie die Gewerkschaftjugenden und darüber Auszubildende in die Bündnisse mit einzubeziehen.

Die erstmalige Beteiligung von Azubis war aber auch die einzige qualitative Entwicklung die es diesen Sommer gegeben hat. Für viele war der 9. Juni deshalb nur eine Wiederholung der vergangenen Bildungsstreiks. Dass aber nicht mehr so ein Drive wie in bei den vorhergegangenen Streiks geben konnte war schon seit dem 17. Mai klar: Es gab weder die Neuheit des Sommers 2009 noch eine spontan losbrechende Besetzungswelle wie im Herbst, entstanden aus der Unibrennt-Bewegung in Österreich.

So waren nicht nur bei vielen AktivistInnen, die im dritten Semester den dritten (mehr oder weniger) gleichen Aktionstag organisierten und dementsprechend weniger motiviert waren, als auch bei den weniger aktiven, sich aber an den Demos beteiligenden, Bildungsstreikenden kaum Feuer. In Berlin waren Reaktionen auf die Ankündigung des Bildungsstreiks am 9. Juni nicht selten: "Schon wieder?!"

Des weiteren ist die Planung und organisation des Juni auf bundesweiter Ebene, aber auch in vielen lokalen Bündnissen an weit weniger AktivistInnen hängen geblieben. Gerade auf studentischer Seite haben sich nach einem kompletten Streiksemester viele erstmal für ihr Studium aus den Bündnissen und Streikgruppen zurückgezogen. So haben sich bei der Vorbereitung des Junis im bundesweiten Bündnis noch um die zehn Leute eingebracht. Die hohe Arbeitsbelastung, die durch diesen akuten Mangel noch gestiegen ist, wird sicher auch wieder den einen oder anderen von den übrig-gebliebenen zum kompletten Aufhören bewegen.

Vorsicht vor Routine - keine Ritualisierung des Bildungsstreiks!

Gerade deshalb wäre es ein Fehlerjetzteinfachimgleichen Rhythmus weiter zu machen. Die ersten Vorschläge für eine Aktionswoche im Herbst sind schon gemacht worden. Wenn nicht noch zufällig kruz vor dieser Aktionswoche ein großes Sparpaket an der Bildung veröffentlicht werden würde, wird dieser Aktionstag zwangsläufig schwächer werden. Weniger AktivistInnen würden ihn vorbereiten, die Verblieben weiter überlastet, was wieder zu mehr Rückzügen führen würde, genauso wie die Enttäuschung über kleinere Aktionstage usw. Der Bildungsstreik als jedes Semester stattfindender Latsch-Demo-Aktionstag darf nicht ritualisiert werden, dadurch würde sich die Bewegung endgültig todlaufen.

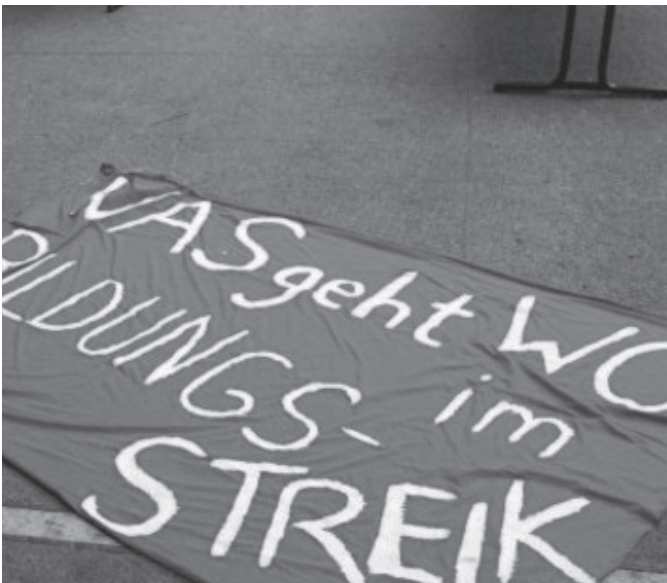


Verlagerung auf regionale/ lokale Abwehrkämpfe statt bundesweit geplanten Aktionstagen

Der Bildungsstreik ist aber nicht zwangsläufig "tot". Denn obwohl das Sparpaket der Schwarzgeld-Regierung den Bildungsetat als einzigen nicht angreift, stehen uns massive Kürzungen auf kommunaler und Länderebene bevor. Beispiele dafür sind die 75 Millionen Euro, die in Hessen an Kitas, Schulen und

Hochschulen gekürzt werden sollen oder die geplante Schließung einer gesamten Fakultät an der Uni Lübeck. Diese Angriffe werden wahrscheinlich, oder besser hoffentlich Proteste und Abwehrkämpfe hervorrufen. So sind am 16. Juni bereits 10.000 Lübecker Studierende in Kiel auf die Straße gegangen.

Wir stehen also vor einer Verlagerung der Proteste: weg von den langfristig und bundesweit geplanten Aktions- und Demotagen, hin zu konkreten und eher spontanen Abwehrkämpfen. Das wird den Charakter des Bildungstreiks gehörig verändern. Gemeinsame Proteste von SchülerInnen, Studierenden und Azubis werden durch eine solche Entwicklung eher unwahrscheinlicher, Aktionen werden viel spontaner laufen, es wird eine Zuspitzung auf bestimmte (Kampf-)Forderungen geben. Wenn zum Beispiel in einer Stadt die Uni geschlossen werden soll, sind die Azubis davon eher wenig betroffen, Demonstrationen oder Streiks werden nicht 4 Monate, sondern eher 4 Tage lang vorbereitet und es wird in erster Linie darum gehen, die Schließung der Uni zu verhindern, während die Forderung nach der Einführung verfasster Studierendenschaften mit politischem Mandat in allen Bundesländern.



Gleichzeitig ermöglichen solche Proteste aber auch eine größere Beteiligung - sie haben oft eine größere Mobilisierungskraft, weil sie weniger abstrakt sind und man direkt betroffen ist und sich vor allem auch so fühlt.

Die bundesweite Klammer beibehalten

Bei einer solchen Verlagerung, ist natürlich schwer vorzusehen, wann wo was passieren wird. Im Angesicht einer so nie dagewesenen finanziellen, wirtschaftlichen und nach und nach auch politischen Krise, sind die Rechnungen für die rettungspakete der Banken und der Konzerne in Griechenland noch lange nicht gezahlt. Das angekündigt Sparpaket ist nicht

ausreichend und wird in den nächsten Monaten voraussichtlich durch die Einführung der Kopfpauschale im Gesundheitssystem und weitere Kürzungen auf kommunaler und Länderebene ergänzt werden. Die Proteste gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf die Bevölkerung werden sich nach ihrem Auftakt am 12. Juni deshalb auf jeden Fall im Herbst fortsetzen. In Umfragen sinkt die FDP unter fünf Prozent, Merkel steckt in der tiefsten Krise ihrer Regierungszeit, in Griechenland und Südeuropa gibt es Aufstände und Generalstreiks. Wenn die Freude über Lena's Sieg beim Eurovision Song Contest erstmal abgeklungen ist und Deutschland nicht Fußball-Weltmeister werden, kann auch hier eine explosive Stimmung entstehen, in der sich lokale Kämpfe schnell zu Flächenbränden entwickeln und ausweiten können.

Auch wenn wir zur Zeit noch weit weg von einer solchen Situation scheinen, hat doch die Besetzungswelle an den Hochschulen im letzten Herbst die Spontaneität der Bewegung aufgezeigt: wer hatte schon zwei Wochen vor dem Aktionstag am 17. November damit gerechnet, dass großartig etwas gehen würde? Innerhalb weniger Tage kippte dann die Stimmung, es gab vereinzelte Solidaritätsaktionen für die Österreichischen BesetzerInnen und auf einmal wurden auch in der Bundesrepublik über 80 Hörsäle besetzt. Das war kaum vorzusehen.

Um im Falle einer solchen Entwicklung schnell reagieren zu können, sollten wir meiner Meinung nach unsere bundesweiten Strukturen nicht komplett beerdigen. Im Gegenteil: gerade wenn sich die Auseinandersetzungen verschärfen ist es umso wichtiger, ein gut funktionierendes Pressteam, eine AG Repression und eventuell sogar eine Material-AG auch auf bundesweiter Ebene zu haben. Diese Arbeitsgruppen, die kontinuierlich arbeiten sollten, können auch eine gute Unterstützung und Ansprechpartner für neue Gruppen und AktivistInnen sein, sie in den entsprechenden Arbeitsfeldern unterstützen und die gesammelten Erfahrungen weitergeben.

Ebenfalls auf bundesweiter Ebene laufen könnte ein Kontakt zum "Wir zahlen nicht für eure Krise"-Bündnis, das ja ebenfalls bundesweit organisiert ist und nach der Sommerpause, sobald das Sparpaket durch den Bundestag muss (voraussichtlich September), erneut Massenproteste organisieren, an denen wir uns beteiligen sollten. Die Frage ist da eher, inwiefern das auf lokaler Ebene, mit den lokalen Gruppen des Krisen-Bündnisses, passieren soll, oder auf bundesweiter Ebene. Von manchen wird auch eine Auflösung des Bildungstreiks in den Krisenprotesten als Option gehandelt, allerdings würde das die zum Teil sehr unterschiedlichen Zielgruppen, Themenschwerpunkte und Forderungen der beiden Bündnisse ignorieren, die unterschiedlichen Arbeitsstile und dass es sich bei dem Krisenbündnis nicht um ein Personenbündnis handelt wie dies beim Bildungstreik der Fall ist. Selbstverständlich ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Bildungstreik und Krisenbündnis nötig, allerdings eher in Form von Terminabstimmungen, gegenseitiger Mobilisierung usw.

Inhalt jetzt! Endlich einen inhaltlichen Diskussionsprozess starten

In den letzten eineinhalb Jahren sind wir von Aktion zu Aktion, Demo zu Besetzung zu Demo gehetzt, ohne zwischendurch ausreichend Zeit für eine kritische Reflexion dessen, was wir tun, zu haben und vor allem ohne dass wir uns mit den Inhalten unserer Proteste weiter beschäftigen konnten. Der Forderungskatalog, der auf bundesweiter Ebene vor eineinhalb Jahren erarbeitet wurde, ist seitdem nicht mehr diskutiert worden, teils aus Angst vor einer Entartung der Diskussion, teils auch einfach, weil es immer einen nächsten Aktionstag, Gipfel o.Ä. vorzubereiten gab.

Gerade wenn uns die Perspektive zugespitzter und spontanerer Kämpfe bevorsteht, ist es doch unverzichtbar, diese auch mit konkreten, ebenso zugespitzten, und vor allem Straßentauglichen Forderungen zu unterfüttern. Wenn für eine ziemlich abstrakte Forderung wie "selbstbestimmtes Leben und Lernen statt starrem Zeitrahmen, Leistungsdruck und Konkurrenzdruck" schon 270.000 Menschen auf die Straße gehen, wieviele dürften es dann werden, wenn es viel konkreter heißt: "Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems, sofortige Rücknahme des Turboabiturs und sofortige Abschaffung aller Noten - für selbstbestimmtes..."? Von solchen Forderungen fühlt sich jeder (in diesem Fall) SchülerIn betroffen. Wenn es auch noch eine realistische Perspektive gibt, diese Forderungen tatsächlich durchzusetzen, wofür schonmal eine Voraussetzung ist, dass sie konkret formuliert sind: zum Beispiel "Bundesweit 100.000 LehrerInnenmehr, für eine Klassengröße von max. 15-20 SchülerInnen" statt "Mehr LehrerInnen, kleinere Klassen". Gerade wenn es darum geht, wirklich etwas durchzusetzen, und nicht das Bildungssystem als großes-ganzes zu kritisieren wie bisher, ist es aber auch notwendig, sich auf einige wenige Kernforderungen zu konzentrieren. Unsere Wunsch-Schule/-Uni werden wir im Kapitalismus als ganzes sicher nicht durchsetzen.

Es wäre beispielsweise möglich, sich die nächsten sechs Monate Zeit für eine solche Diskussion zu nehmen. Auf dem bundesweiten Treffen vom 6. bis 8. August in Berlin könnten die Rahmenbedingungen geklärt werden. Denkbar wäre eine Einteilung der Diskussion in verschiedene Themenblöcke: [soziale] Selektion (vertikale Mobilität, Zulassungsbeschränkungen, Studien- und andere Gebühren, mehrgliedriges Schulsystem, frühkindliche Erziehung, usw.), Qualität (Lehr- und Lernbedingungen, mehr Lehrpersonal, starre Lehrpläne usw.), Demokratisierung (in allen Bildungseinrichtungen) Finanzierung (der Forderungen, aber auch des Bildungssystems an sich) und Andere. Um die Diskussionen attraktiver zu gestalten, lohnt es sich auch mal externe ReferentInnen einzuladen, zum Beispiel JAV'lerInnen wenn es um Azubis geht oder Experten der GEW bei Fragen zur Finanzierung. Damit sich keine Checker/ Klügel/ Freundeskreis-gruppen herausbilden, heißt es auf jeden Fall, auch diese Treffen weiter zu bewerben, mit Flyern, in Vorlesungen,

bei Freunden, auf Webseiten usw. Hin und wieder eine gute Abwechslung, die oft auch ermöglicht, neue Leute kennen zu lernen, ist es kleinere (themengebundene) Aktionen zu machen, z.B. Studienpunkte-Jagd durch die Hörsäle, Exmatrikulator, Flash-Mobs usw.

Sparpaket und Krisenproteste im Herbst 2010

Auch wenn die Bildungsstreik-Bewegung vielleicht in der bisherigen Form im Abschwung ist, werden andere soziale Bewegungen kommen. Eine wichtige wird in den nächsten Monaten hoffentlich gegen die Sparpläne der Schwarz-Geld-Regierung entstehen, denn es darum, das größte Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik zurück zu schlagen. Dabei spielt das Krisenbündnis, das schon die Demonstrationen am 28. März 2009 und am 12. Juni organisiert hat und mit dem es ja bereits enge Kontakte zu Bildungsstreikbündnissen gibt, eine wichtige Rolle. Dieses Bündnis plant eine bundesweite Großdemonstration für den Herbst. Andere Akteure sind die Georg-Büchner-Aktionsgruppe, die eine Aktion des zivilen Ungehorsams, voraussichtlich die Blockade der Deutschen Bank in Frankfurt, plant, sowie DGB und Linkspartei, die auf Aktionswochen von Ende Oktober bis zu einem bundesweiten dezentralen Demotag am 13. November gehen. Auch wenn die Bildung in dem direkten Sparpaket der Regierung erstmal nicht vorgesehen ist (vermutlich auch einer unserer Erfolge, aber auch weil der Bund sowieso schon erschreckend wenig für Schulen, Hochschulen und Kitas ausgibt), werden andere Teile der Bevölkerung, vor allem Erwerbslose, indirekt damit aber auch die arbeitende Bevölkerung, angegriffen. Es gilt der von den Herrschenden provozierten Spaltung entgegen zu wirken und breite Proteste auf die Beine zu stellen, wozu Bildungsstreik-AktivistInnen sicher auch einen Beitrag zu leisten können, indem sie sich direkt an den Vorbereitungen der Proteste beteiligen oder sie aber über die Bildungsstreikbündnisse unterstützen.

Fokus 2011 - 2012

2011 werden in Bayern und Niedersachsen, 2012 in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen und 2013 schließlich in Hessen und NRW die doppelten Abiturjahrgänge von der Schule kommen. Weil quasi gar keine Auffangmaßnahmen seitens der Politik gegriffen werden und Missstände wie Ausbildungs- und Studienplatzmangel bzw. Überfüllung jetzt schon gravierend genug sind und sich noch weiter verschärfen werden, sind neue Proteste wahrscheinlich. Außerdem haben im Herbst bei den Hörsaal-Besetzungen gerade die Erst- und Zweitsemester eine wichtige Rolle gespielt, von denen es ja dann umso mehr geben wird und die auch schon die Erfahrung von mehreren Schulstreiks mit an die Uni oder die Ausbildung bringen. Das sollten wir nicht nur im Hinterkopf behalten, sondern schon jetzt anfangen uns darauf vorzubereiten, mit einer Neuauflage und Verbesserung unseres Forderungskatalogs, dem Einbinden neuer Leute usw.

Choreographie des Lübecker Widerstands

Bericht vom Bildungsstreik in Schleswig-Holstein und der abgewendeten Schließung der Uni Lübeck

- CHRISTOPH NOGACKI (SDS-GRÜNDUNGS-INITIATIVE KIEL) -

Den Vorschlag, den Medizinstudiengang der Uni Lübeck abzuwickeln, den die schwarz-gelbe Landesregierung im Rahmen ihrer Haushaltsstruktur-Kommission am 26. Mai 2010 öffentlich machte, kann man wohl als Kriegserklärung an eine jegliche Bildungspolitik bezeichnen. Zum einen, weil bundesweit ein Ärztemangel besteht - man also gar nicht von einem zuviel an Medizinerbildung sprechen kann; zum anderen, weil die Uni Lübeck seit ihrem Bestehen im Jahre 1964 ihren Schwerpunkt im Bereich der medizinischen Forschung und Bildung hat. Eine Abwicklung des Medizinstudiengangs hätte insofern den Anfang vom Ende der Uni Lübeck als Ganzes bedeutet. Dies wiederum hätte zu einem massiven Verlust an Arbeitsplätzen in der Region um Lübeck geführt, hat sich doch im Umfeld der exzellenten Forschungseinrichtungen eine hochgradig spezialisierte Gesundheits-Industrie entwickelt. Ohne die Universität, wären für diese Firmen Synergieeffekte nicht mehr vorhanden und eine effiziente Akkumulation von Mehrwert nicht mehr möglich. Die Folge wären Verlagerung, Abwanderung und Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus wäre auch der Erhalt des Uniklinikums (UKSH) in Lübeck fraglich geworden. Niemand braucht eine Uniklinik ohne Uni.

Die Studierenden wären durch die Schließung zunächst zum Studienplatzwechsel nach Kiel an die CAU gezwungen gewesen. Da aber Uni Kiel und Uni Lübeck aus dem selben Posten im Landeshaushalt finanziert werden, hätte das Einsparpotential aus Lübeck nur dazu geführt, dass künftig in Kiel mehr Medizinstudenten eingeschrieben wären, ohne dass dies mit einer Erhöhung im Budget einher gegangen wäre.

Die Reaktion folgte prompt. Schon einen Tag nach der Schreckensmeldung wurden die StudentInnen aktiv. Plakate, Flyer, T-Shirt, Pins wurden gemacht - kreative Aktionen für die kommenden Wochen vorbereitet. So konnten im Rahmen einer Unterschriftensammlung über 130.000 Unterzeichner gewonnen werden. Und wo immer sich Vertreter der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung sehen ließen, konnten sie sich darauf freuen von Studierenden in gelb-schwarzen T-Shirts in gebührenden Empfang genommen zu werden. So geschehen anlässlich der Eröffnungsansprache Peter-Harry Carstensens zur Kieler Woche und im Rahmen einer Demo vor der Schleswig-Holsteinischen Landesvertretung in Berlin. Unterstützung erhielten sie in Lübeck von allen gesellschaftlichen Gruppen - den

Gewerkschaften, der Industrie- und Handelskammer, den Parteien und vor allem von Seiten der Beschäftigten im UKSH. Ein Sternmarsch in Lübeck brachte eher als 10.000 Menschen auf die Straße und die Lübecker Feuerwehr ließ es sich nicht nehmen, das Wahrzeichen Lübecks - das Holstentor - mit einem eindeutigen Banner zu versehen: „Lübeck kämpft für seine Uni!“ Der Protest gipfelte in der größten Demonstration Schleswig-Holsteins in der Nachkriegszeit. 14.000 Demonstranten waren am 16. Juni auf Kiels Straßen und Plätzen. Die Anreise eine logistische Mammutaufgabe: 15 Busse und ein Sonderzug aus Lübeck, 8 Busse aus Flensburg - sogar per Fahrrad hatte man sich auf den weiten Weg gemacht, um seinen Ärger vor dem Landtag Luft zu machen.

Der öffentliche Druck wurde letztlich so groß, dass die Ein-Stimmen-Mehrheit der schwarz-gelben Koalition im Landtag verloren ging und die Landesregierung mit Bundesbildungsministerin Schavan in Verhandlung ging. Ergebnis hierbei war, dass über die Förderung mit Bundesmitteln im schleswig-holsteinischen Landeshaushalt genug Mittel frei werden, um den Studiengang Medizin in Lübeck zu retten. Möglich wird dies, indem das Kieler IFM Geomar von einem Leibnitz-Institut (Finanzierung: 50% Bund, 50% Land) in ein Helmholtz-Institut (Finanzierung: 90% Bund, 10% Land) umgewandelt wird.

Also am Ende alles gut ausgegangen? Wie man es nimmt. Der Medizinstudiengang in Lübeck scheint zunächst mal gerettet und somit auch die Uni Lübeck. Das diese aber künftig in Form einer Stiftungsuni ihren finanziellen Grundstock finden soll, muss mit Hinblick auf Freiheit von Forschung und Lehre bedenklich stimmen. Schließlich wird keiner der honorigen Spender bereit sein gutes Kapital in Lehrinhalte zu stecken, die sich nicht später wieder auszahlen.

Darüber hinaus könnte die Idee des Mikro-Stifters Schule machen, was letztlich nichts anderes wäre als hochschulspezifische Studiengebühren durch die Hintertür. Und nicht vom Tisch ist die anstehende Privatisierung des UKSHs, immerhin Schleswig-Holsteins größter Arbeitgeber. Zwar wurde von Seiten der Studierenden während der Proteste auch immer die Privatisierung des Uniklinikums abgelehnt. Die Frage bleibt aber, ob sich ebenso viele Studentinnen für die Interessen der Beschäftigten mobilisieren lassen, wie für ihre ureigenen...

Im Folgenden dokumentieren wir eine Diskussion über Struktur und Aufbau von Die Linke.SDS, die von der Hochschulgruppe in Halle angestoßen wurde.

Alle Macht den Räten im SDS?

- SDS.DIE LINKE MLU HALLE -

Auf dem Bundeskongress im Juni dieses Jahres hat sich der SDS das Ziel gesetzt, stärker als sozialistische Organisation aufzutreten. Diesem Vorhaben entsprechend sollten wir die eigenen Strukturen kritisch reflektieren, um (sozialistische) Alternativen zu diskutieren und sie auch umsetzen. Eine mögliche Alternative wollen wir im Folgenden vorstellen. Eine Umstrukturierung wurde sich anbieten, da sich der Bundesverband zwei Problemlagen gegenüber sieht: Die strikte Umsetzung des BA-MA-Systems an den Hochschulen und die ausgeprägte Zentralisierung¹ im SDS.

Das BA/MA-System und die daraus resultierenden Folgen auf den SDS

Das derzeitige Hochschulsystem wurde vor zehn Jahren durch die Mitgliedsländer der Europäischen Union geschaffen. Zielsetzung dieses Prozesses war es, einen „gesamteuropäischen Hochschulraum“ zu generieren, der nach der Umsetzung des Bachelor und Mastersystems mit den US-amerikanischen Hochschulen auf Augenhöhe konkurrieren soll (Aslan 2007). Dieses Idealbild der US-Hochschulen ist laut Barbara Hahn ein europäisches Zerrbild und spiegelt die derzeitige Lage nicht wieder. „Also - keine Paradiese auf der anderen Seite des Atlantiks. Sondern Institutionen, an denen vieles morsch und hohl ist.“ (2009: 92). Die deutsche Realität gestaltet sich für viele Studierende noch drastischer und wird zu einer echten Herausforderung, wenn mensch sich noch in einer politischen Organisation wie dem SDS engagieren will.

Die Studierenden sind einem erheblichen Leistungs- und Lerndruck unterworfen. Eine Vielzahl an Lehrveranstaltungen im Semester und damit verbundene Studienleistungen wie das Schreiben von Essays, die Vorbereitung von Referaten und nicht zu vergessen die häufige Anwesenheitspflicht, geben den Betroffenen kaum Raum und Zeit, die Studieninhalte kritisch zu reflektieren und sich weiteres Wissen anzueignen. Dies ist aber prinzi-

piell wichtig, um linke Politik, speziell linke Hochschulpolitik, zu betreiben. Dieser Platz wird bewusst verringert, um die Vermittlung von Bildung auf den reinen „Mainstream-Unterrichtsstoff“ zu reduzieren.

Das Engagement im SDS wird somit zur „Zusatzveranstaltung“, die ebenso viel Zeit und Kraft benötigt, wie eine reguläre Veranstaltung. Keine_r im SDS ist gezwungen, sich zu engagieren, aber das derzeitige (Aus-)Bildungssystem führt dazu, dass sich nur Wenige mittel- oder gar langfristig in den SDS-Hochschulgruppen betätigen können. Auch diese Tendenz ist bewusst gesetzt. Durch die 3-2-Regelung, d. h. im Idealfall drei Jahre Bachelor und zwei Jahre Master, ist mensch an einer Hochschule fünf Jahre und wenn mensch nicht schon in der Prä-Hochschulphase politisch aktiv war, dann hat sie/er nur fünf Jahre Zeit ihre/seine Hochschule kennenzulernen, um Probleme und Fehler zu erkennen und sich möglichst für Alternativen einzusetzen. Dies führt folglich dazu, dass die SDS-Hochschulgruppen einem diskontinuierlichen und relativ kurzfristigen Engagement unterliegen und dies ist nicht im Sinne einer aktiven sozialistischen Gruppe.

Diese Gegebenheiten sind nicht zufällig, sondern bewusst gesetzt und gehen nach der kapitalistischen Wertelogik - schnelle Ausbeutung, wenig Kosten, ökonomische (Aus-) Formung der Jugend. Dieser Funktionsweise muss der SDS Rechnung tragen, weil die aktuellen Gegebenheiten nicht ignoriert werden dürfen. Eher im Gegenteil - um dennoch Erfolg zu haben, müssen die SDS-Strukturen angepasst werden. Diese Anpassung soll keine Unterwerfung vor dem kapitalistischen Bildungssystem darstellen, sondern die alten Verbandsstrukturen aufbrechen und neue Perspektiven für die sozialistische Bewegung aufzeigen.

Das Rätssystem durchsetzen

Eine sozialistische Bewegung beansprucht dieses Ziel. So kann ein Verband, wie der SDS, nur basis- und direktdemokratisch organisiert werden. Gerade ein Rätssystem schafft diese Bindung zwischen Basis und den Entscheidungsträger_innen. Die Basis ist nach SDS-Hochschulgruppen gegliedert und wie Lösche schreibt:

„Über den Basisgruppen erhebt sich pyramidenförmig und jeweils indirekt von unten nach oben gewählt (und jederzeit abwählbar) ein System von Delegiertenkörperschaften, nämlich Räte.“ (Lösche 2002: 768)

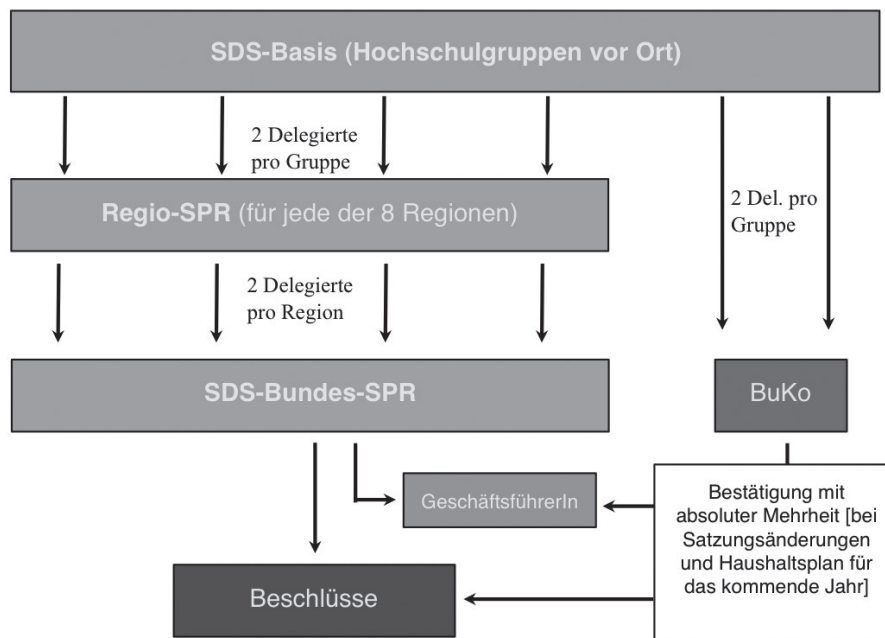
[1] Zentralisierung soll nicht per se als schlecht hingestellt werden und möglicherweise hilft Zentralismus, um einen Studierendenverband in der Anfangszeit aufzubauen und zu strukturieren, doch nach dieser Zeit, sollten grundlegende Veränderungen vollzogen werden, um einer sozialistischen Organisation gerecht zu werden.

Hochschulgruppen zwei Delegierte; nach demselben Prinzip, das für die SPR gilt. Hauptaufgabe des Bundeskongresses wird es sein, Satzungsfragen zu klären und den Haushaltsplan für das folgende Jahr zu beschließen. Zudem obliegt ihm die Wahl einer Geschäftsführerin mit absoluter Mehrheit im ersten und zweiten Wahlgang, danach mit relativer Mehrheit. Der Bundes-SPR schlägt geeignete Kandidat_innen vor (Abb. 2).

Die Geschäftsführerin übernimmt Tätigkeiten, die rein ehrenamtlich nicht zu bewältigen sind. D. h. sie ist für die laufenden Geschäfte zuständig. Deswegen sollte der Geschäftsführungsposten eine Vollzeitstelle sein. Um soziale Sicherheit zu gewährleisten, kann die Geschäftsführerin nicht sofort abberufen werden, sondern wird für ein Jahr gewählt. Der Geschäftsführungsposten kann zweimal nacheinander mit derselben Person besetzt werden. Im dritten Jahr darf diese Person nicht nochmal kandidieren und

die neue Geschäftsführerin muss vom anderen Geschlecht sein. Um Missbrauch entgegenzuwirken, könnte die Geschäftsführerin das Haftungsrisiko für ihre Arbeit tragen.

Die Geschäftsführerin darf während ihrer Amtszeit in keinem SPR sitzen und muss eingeschriebene Studierende sein. Damit der Übergang von einer zur anderen Geschäftsführerin reibungsloser erfolgt, schaffen wir eine etwa zweimonatige Übergangsphase, in der die Neue sich einarbeiten kann.



Wir wissen, dass diese Umstrukturierung ein eher mittelfristiger Prozess ist. Die Diskussion muss im Vorfeld dazu passieren und eben diese wollen wir hiermit anstoßen. Wir sollten uns jedoch nicht scheuen, diese Veränderung anzugehen, denn wie schon Lenin sagte: „Ihr werdet Fehler machen, aber ihr werdet lernen.“ (zit. nach Ertl 1968: 57).

Quellen:

- ASLAN, Bahattin 2007. Beschleunigung und Angleichung. In: Junge Welt. Beilage: unispezial, 28.11.2007.
- BÜTTKEREIT, Helge 2010. Von unten auf. In: Junge Welt, 18.08.2010, S. 10-11.
- ERTL, Eric 1968. Alle Macht den Räten? Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt.
- FUCHS-Heinritz, Werner 2007. Räte Demokratie. In: Ders. et. al. (Hg.). Lexikon zur Soziologie. Wiesbaden: VS Verlag, S. 531.
- HAHN, Barbara 2009. Paradiese im gelobten Land oder: The University in Ruins? Über amerikanische Universitäten. In: Haß, Ulrike / Müller-Schöll, Nikolaus (Hg.). Was ist eine Universität? Schlaglichter auf eine ruinierte Institution. Bielefeld: transcript-Verlag, S. 81-94.
- LÖSCHE, Peter 2002. Räte. In: Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf (Hg.). Lexikon der Politikwissenschaft. 2 Bde. München: C. H. Beck, S. 768.
- VÖLKL, Ekkehard 1995. Räte system. In: Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft in 5 Bde. Freiburg: Herder, S. 638-641.

Handlungsfähig bleiben!

Reaktion auf das Papier „Alle Macht den Räten im SDS?“

- FRANZISKA LINDNER UND JANA WERNER
(BEIDE DIE LINKE.SDS LEIPZIG) -

In dem Beitrag „Alle Macht den Räten im SDS?“ stellt ihr richtig fest, dass es unter dem Bachelor- und Mastersystem an den Universitäten schwieriger geworden ist, effektiv politische Arbeit zu leisten. Das hängt zum einen mit dem enormen Workload im Bachelor zusammen, zum anderen damit, dass sich die Regelstudienzeit nahezu halbiert hat und viele Studierende beispielsweise für den Master in eine andere Stadt ziehen müssen. Ihr habt auch recht damit, dass diese Umstrukturierung nicht zufällig erfolgte und der SDS seine Strategie daran anpassen sollte. Allerdings bezweifeln wir, dass eure Vorschläge dazu beitragen, eine schlagkräftige sozialistische Organisation an der Hochschule aufzubauen, sondern dass die Folge eine aufgeblähte Struktur wäre, die sich selbst jeder politischen Handlungsfähigkeit beraubt.

Ihr geht davon aus, dass man die stark zentralistische Organisation des SDS aufbrechen muss - auch hierbei geben wir euch recht. Ihr argumentiert aber, dass man als Gegengewicht zu der starken Position des Bundesvorstands regionale Sprecherkreise (RSpR) einführen sollte, die wiederum je 2 Personen in den BundessprecherInnenrat (BSpR) entsenden sollen, um eine regionale Ausgewogenheit im BSpR gewährleisten. Es ist in der Tat so, dass es in Zukunft notwendig und sinnvoll ist, starke Strukturen auf Landesebene zu etablieren, da davon auszugehen ist, dass sich die Auswirkungen des Sparpaketes z.B. insbesondere im Bereich der Bildungspolitik auf Landesebene bemerkbar machen werden. Dem können nur starke Landesverbandsstrukturen des SDS effektiv etwas entgegenzusetzen. Das wird nicht zentral geplant und durchgeführt werden können und ein entsprechender Antrag, der den Gruppen Landesverbandsgründungen empfahl, wurde auf dem Bundeskongress auch gestellt.

Zudem ist eine Möglichkeit, dem Zentralismus entgegenzuwirken der systematische Aufbau von Bundesarbeitskreisen (BAK's), die die inhaltliche Arbeit des Verbandes voranbringen und offen sind für bundesweite Mitarbeit. Die Reaktivierung der BAK's läuft bereits erfolgreich an und Jede/r ist eingeladen, sich daran zu beteiligen. Auch die Organisation regionaler Rosa Luxemburg Lesekreise ist eine gute Möglichkeit Diskussionen im Verband zu stärken, über multimediale Kommunikationsmittel (Telefonkonferenzen der BAKs, auf Blogs, etc.) im Linkskontrovers, aber auch „face to face“ auf der HAK oder dem nächsten Bundeskongress.

Als ein Mittel, zu mehr Mitbestimmung und Demokratie im SDS zu gelangen seht ihr die Gründung von regionalen Sprecherkreisen an, die je zwei Mitglieder in den bundesweiten Sprecherkreis entsenden, an. Die Beschlussfassung in diesen Gremien soll das Konsensprinzip sein. Alle Mitglieder des regionalen Sprecherkreises sind an das Konsensprinzip und mittels des imperativen Mandats an die Entscheidung ihrer jeweiligen Gruppe gebunden. Das klingt erst mal verständlich, wird sich aber in der Praxis schwer realisieren lassen und zu einer Lähmung der Entscheidungsfindung im Verband führen. Es wäre demnach möglich, dass eine einzelne Gruppe eine Mehrheitsentscheidung des Verbandes blockiert. Unserer Meinung nach führt diese Struktur somit nicht zu mehr Demokratie und Mitbestimmung, sondern schlicht zu mehr Bürokratie und einem handlungsunfähigen Apparat.

Ein kleines Zahlenspiel möge illustrieren, dass dieser Apparat nicht nur schwerfällig in seine Handlungsfähigkeit, sondern auch aufgebläht wäre und dadurch besonders auf Gruppenebene politischen Aktivismus erschweren würde. Jeweils zwei Mitglieder einer Gruppe würden in den regionalen Sprecherkreis entsandt und aus dem regionalen Sprecherkreis würden wiederum zwei Delegierte in den Bundessprecherkreis entsandt. Eine regionale Gruppe verliert so im schlimmsten Fall vier mögliche Aktivisten, bestenfalls zwei.

Für die Leipziger Gruppe, die im Kern aus etwa 10 Aktivisten besteht, bedeutete diese zusätzliche Arbeit von zwei Personen in eine immens einschränkende Wirkung.

Großprojekte wie unser Islamophobie-Seminar im Mai dieses Jahres könnten nur unter viel größerem Workload der anderen Gruppenmitglieder gut realisiert werden. Eine Gruppe wird gestärkt durch politisch erfolgreiche Projekte, in die alle Mitglieder eingebunden sind und nicht allein durch Arbeit in Gremien. Die politische Emanzipation und Partizipation erfolgt unserer Ansicht nach über politische Projekte, das „Verheizen“ in Gremienstrukturen hat dagegen meist demotivierenden Charakter.

Darüber hinaus kommt euer Vorschlag, dass regionale Sprecherkreise wiederum Mitglieder in den Bundessprecherrat delegieren und der Bundeskongress lediglich über Satzungs- und Haushaltsfragen entscheiden würde, einer Entpolitisierung des Verbandslebens gleich. Die Mitglieder des Bundessprecherkreises müssten sich nicht mehr einer politisch motivierten Kandidatur aller Mitglieder unseres Verbandes stellen. Die Idee eines bundesweit handlungsfähigen sozialistischen Verbandes wäre somit aufgegeben und der Effekt die Unterordnung unter das föderalistische System der Bundesrepublik. Dies würde unsere bundesweite Handlungsfähigkeit enorm schwächen und die politische Aktivität nur noch auf regionale Auseinandersetzungen beschränken.

Gerade weil das neu eingeführte Bachelor- und Mastersystem an den Universitäten nach der kapitalistischen Wertelogik funktioniert und unsere Gruppenpraxis beeinflusst, müssen wir uns

als SDS den Verhältnissen in der Art und Weise anpassen, dass wir handlungsfähig bleiben und eine Alternative entwickeln können, die KommilitonInnen weiterhin motiviert, bei uns aktiv zu werden. Der SDS ist der einzige Studierendenverband, in dem nicht nur Theoretiker, sondern auch Praktiker einen Platz haben, weil Theorie und Praxis zusammengehören! Die zahlreichen Bundesarbeitskreise, wie die AG Kritische Wissenschaft, aber auch der BAK AntiFa, der BAK Antimilitarismus und Frieden oder der BAK Feminismus bieten Raum für offene Diskussionen, aktive Teilhabe und fördern zudem die Weiterbildung des Gesamtverbandes.

Es braucht keine aufgeblähte Struktur, um unseren Verband partizipativer und demokratischer zu gestalten. Es gibt bereits Möglichkeiten, sich zu engagieren. Nicht zuletzt zeigt die Initiative der Leipziger Gruppe sich mit antimuslimischen Rassismus auseinanderzusetzen, dass eine Partizipation der Gruppen im Gesamtverband möglich ist. Wir sind aber nichts desto trotz der Meinung, dass die Diskussion über die zukünftige Arbeit unseres Verbandes nicht abgeschlossen ist und freuen uns auf weitere Anregungen und Diskussionsbeiträge. Die Diskussion hat gerade begonnen und unser Verband steckt noch in den Kinderschuhen. Es ist wichtig, dass sich noch mehr Gruppen beteiligen.

Rätedemokratie und Handlungsfähigkeit widersprechen sich nicht!

Antwort auf „Handlungsfähig bleiben“ von Jana Werner und Franziska Lindner

- SDS.DIE LINKE MLU HALLE -

Nach der Reaktion von Franzi und Jana, wollen wir einige Missverständnisse, die unserer Meinung nach aufgetaucht sind, klarstellen.

1. Ihr schreibt, dass „nur starke Landesverbandsstrukturen des SDS“ effektiv sein, doch überseht dabei gleich zwei Fakten: Zum einen gibt es noch keine Landesverbände (außer in Bayern auf Eigeninitiative und in Hessen in informeller Art) und der Beschluss des BuKo sollte vom Bundesvorstand aufgenommen werden – bisher hat sich in dieser Sache noch keine_r bei uns oder über den internen SDS-Verteiler gemeldet. Zum anderen überseht ihr, dass aufgrund der wenigen SDS-Gruppen Landesverbände in vielen Bundesländern keinen Sinn machen würden, was ihr auch unserer Abbildung eins hätten entnehmen können. Regionen aus sieben bis zehn SDS-Gruppen können inhaltlich stärker zusammenarbeiten als 16 Landesverbände, die alle unterschiedlich stark besetzt wären. Eine Kooperation zwischen bspw. Potsdam und Berlin, Wedel und Hamburg oder auch Halle und Leipzig könnte so gleich im Regio-SPR erfolgen; ohne Lan-

desverbände gründen zu müssen. Des Weiteren werft ihr uns vor, dass wir uns dem „föderalistische[n] System der Bundesrepublik“ unterordnen würden, weil wir den Bundesverband durch Regionen gliedern würden. Gleichzeitig wollt ihr „starke Landesverbandstrukturen“! Genau das ist doch die Unterordnung unter den deutschen Föderalismus, wenn ihr das Bund-Länder-Prinzip übernehmen wollt. Die Regionen könnten unabhängig von den vorgegebenen Ländern agieren und müssten sich demnach nicht unterordnen.

2. Die Bundesarbeitskreise (BAK's) haben wir in keinsten Weise kritisiert oder in Frage gestellt. Durch die Regionengliederung wollen wir gerade die inhaltliche Komponente des SDS noch weiter stärken – Regionen und BAK's sind kein Widerspruch oder treten in Konkurrenz zu einander, sondern sind zwei Teile desselben Puzzles. Auch im Rätssystem kann und soll es bundesweit agierende BAK's geben.

3. Der Rätegedanke verlangt ein positives Menschenbild und wie Ertl schreibt eine gewisse Reife und Einsicht aller Beteiligten (1966: 112). Wer davon ausgeht, dass bewusst Entscheidungen verzögert werden oder mensch nicht im Konsens entscheiden sollte, der ist zu negativ und unterstellt allen SDSlerInnen eine kontraproduktive Haltung. Wer im SDS ist, ist dort freiwillig und hat sich dafür entschieden, in einer sozialistischen Organisation tätig zu werden. Warum fordern wir „make capitalism history“, wenn dann sogar im „einfachen“ SDS-Mitglied ein egoistischer Nutzenmaximierer, der nur seine Ziele im Verband erreichen will, gesehen wird? Wer einen solchen Egoismus betreiben würde, sollte im Rätssystem weder im Regio-SPR, noch im Bundes-SPR sitzen und kann bei so einem Verhalten von seiner Gruppe auch abberufen werden und das jederzeit! Eine Ausnutzung des Systems kann durch die eigenen Mitglieder sanktioniert werden, was die „bottom-up“-Strukturen und basisdemokratischen Elemente im Verband und den einzelnen Hochschulgruppen stärkt!

Wie Tschudi ausführte:

„Denn «von unten auf» soll das Rätssystem gerade deswegen aufgebaut werden, weil dadurch auf demokratische Weise auch der letzte Angehörige der Arbeiterklasse im Rätestaat seine Auffassung und Meinung zur Geltung bringen kann.“ (2007b)

Um gleichsam wie ihr auch ein Beispiel anzuführen, können wir an dieser Stelle betonen, dass der SDS in Halle seit rund einem halben Jahr (das ist immerhin die Hälfte seines Bestehens) nach dem Konsensprinzip entscheidet. Wir haben damit gute Erfahrungen gemacht, weil sich die Mitglieder stärker in die Diskussion einbringen müssen, um dann nicht einfach nur ihr Veto einzulegen und auf Unverständnis zu stoßen. Es funktioniert nicht mehr einfach nur mit „Handheben“ sondern mit einem argumentativen Austausch und einem demokratischen Einigungsprozess, indem versucht wird, einen Konsens zu bilden, statt die Mehrheit einfach entscheiden zu lassen, auch wenn einige oder nur eine einzelne Person darunter leiden.

4. Uns stellt sich eine weitere Frage: Weshalb verliert die Gruppe zwei bis vier AktivistInnen? Treten die BuVo-Mitglieder aus ihren Gruppen vor Ort aus um im BuVo arbeiten zu können? Die Arbeit im BuVo ist sicher anstrengend, macht aber auch Spaß und so ist es auch in der SDS-Hochschulgruppe! Wer es nur als Stress und Belastung ansieht, der geht nicht in den Regio-SPR oder will dann sogar in den Bundes-SPR. Zudem engagieren sich vermutlich viele SDSlerInnen in Hochschulgremien. Das heißt jedoch sicherlich nicht, dass sie damit in der Gruppe inaktiv werden und nur noch ihren Posten wahrnehmen. Für die Gruppen vor Ort ist es immanant wichtig, wenn sie den Kontakt zu den EntscheidungsträgerInnen halten, um noch gezielter wirken bzw. spezifische Probleme direkt und fundiert ansprechen zu können.

5. Zudem trifft sich der derzeitige BuVo doch auch nicht jede Woche für fünf Stunden, sondern es werden Mails geschrieben, Telefonkonferenzen vereinbart, etc. Weshalb sollte diese Verfahrensweise den Regio-SPR's abgesprochen werden? Die geografische Nähe macht ein Regio-SPR-Treffen obendrein leichter und unkomplizierter. Nicht umsonst haben wir uns Mühe gegeben, eine Regionengliederung vorzunehmen, die hoffentlich keine_n benachteiligt. Selbst wenn dem nicht so sein sollte - durch den Wechsel in eine andere Region ist dieser Zustand stets veränderbar.

6. Mit dem Rätssystem streben wir auch keine „Entpolitisierung des Verbandslebens“ an. Nur weil wir keine zu lange Tagesord-

nung auf dem BuKo mehr wollen und uns die häufige TO-Änderung nervt? Gerade die politische Diskussion soll wieder in den Vordergrund treten. Das kann sie aber nicht, wenn für die BAK's und Workshops viel zu wenig Zeit ist. Eine Beschränkung auf das Wichtigste täte den BuKo's gut und würde auch mehr Teilnehmende herbeiführen. Mehr Zeit für Inhalt, weniger für Orga! Der bundesweite Austausch über politische Themen kann weiterhin auf Sommer- und Herbstakademien u. ä. fortbestehen, dazu ist kein BuKo nötig, auf dem Organisationsfragen mit Inhalt vermischt wird und für beides somit nur die Hälfte der Zeit zur Verfügung steht.

Ihr betont das Theorie und Praxis zusammengehören. Wir würden den Vorschlag nicht bringen, wenn wir nicht auch der Meinung sind, dass beide Komponenten zusammengehören. Dazu sollte mensch sich aber auch die Zeit nehmen und sich mit der Theorie beschäftigen und nicht, aus unserer Sicht, vorschnell Kritik zu üben.

Insgesamt stellt eure Reaktion keinen Affront für uns als Gruppe, Einzelpersonen oder Verantwortliche des Textes dar. Vielmehr handelt es sich bei der Reaktion auf unseren Beitrag um ein Festhalten an den vorhandenen Strukturen und deren Verteidigung gegen progressive Vorhaben zur möglichen Veränderung des SDS-Studierendenverbandes.

Selbstverständlich wollten wir Reaktionen hervorrufen und uns ist auch bewusst, dass der Rätegedanke nicht die endgültige und beste Variante ist und auch manche Schwächen bestehen. Sie sollte jedoch als Möglichkeit anerkannt werden und durch Diskussionsbeiträge erörtert oder gar ausgebaut werden. Gerade deshalb hoffen wir, dass der Austausch über unseren Vorschlag jetzt nicht ein vorzeitiges Ende nimmt und eine rege Beteiligung zu dem Diskurs stattfindet.

Mit dem nachfolgenden Zitat soll noch mal unser Anliegen verdeutlicht werden :

„Der neue Machthebel ist die sich selbst in ihrer Gesamtheit zum Staat organisierende Arbeiterklasse, deren Organe, bzw. deren Staatsapparat die Arbeiterräte sind. Wie die Klasseninteressen des Proletariats zu denen der Bourgeoisie in schroffem Gegensatz stehen, so stellt sich auch der proletarische Staatsapparat, das politische Rätssystem in einen solchen zur parlamentarischen Republik, das heißt zur typischen Form des bürgerlichen Staates.“ (Tschudi 2007a).

Quellen:

Ertl, Eric 1966. Alle Macht den Räten? Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt.

Tschudi, Lorenz 2007a. Rätedemokratie und Marxismus. 2. Teil Die Rätetheorie. In: <http://www.linkezeitung.de/cms>, zuletzt abgerufen am 06.09.2010.

Ders. 2007b. Rätedemokratie und Marxismus. 2. Teil Die Rätetheorie (Fortsetzung). In: <http://www.linkezeitung.de/cms>, zuletzt abgerufen am 06.09.2010.

Marxistische Anthropologie als Vortheorie kritischer Wissenschaften

„Alle kritische Theorie setzt letztlich einen exakt definierten Begriff des Menschen, eine exakte Definition seines ‚eigentlichen‘ Wesens voraus.“¹ - „Ohne eine marxistische Anthropologie kommen wir nicht weiter“²

- ALEXANDER SCHRÖDER (DIE LINKE.SDS KÖLN) -

Das schrieb der 1995 verstorbene marxistische Theoretiker Leo Kofler provokant. Was genau meinte der selbst unter Linken viel zu wenig bekannte Marxist damit? Wie kommt ein Marxist darauf, die Anthropologie zu verteidigen? Kann man überhaupt von der Anthropologie reden? Und sind Anthropologie und Marxismus vereinbar?

Koflers relative Unbekanntheit hat zum Teil damit zu tun, dass er diese Vereinbarkeit von anthropologischem Menschenbild und Marxismus verteidigte.³ Das war für einen Marxisten äußerst ungewöhnlich und fand keine breite Akzeptanz. Damals verbanden die meisten Marxisten nämlich Anthropologie, die „Lehre vom Menschen“, nicht mit marxistischer Theorie oder kritischen Wissenschaften, sondern eher mit bürgerlicher Scheinwissenschaft oder gar mit reaktionärer, rassistischer und biologistischer Ideologie. Verständlich, denn Hauptvertreter der Anthropologie wie Arnold Gehlen und Helmut Schelsky waren für ihre politische Nähe zum Nazi-Faschismus und zum autoritären Konservatismus bekannt. Und nicht vermeintlich ewige Eigenschaften der menschlichen Natur wollten die Linken ausarbeiten – das taten genannte Anthropologen ja schon. Vielmehr wollten die Linken die Gesellschaftlichkeit und Geschichtlichkeit der Menschen herausstellen, um so eine Kritik an Missständen in Gesellschaft und Geschichte formulieren zu können. Denn wenn gesellschaftliche Missstände wie etwa Unterdrückung, Herrschaft, Ausbeutung und Krieg nicht der menschlichen Natur entspringen und

damit nicht unvermeidlich sind, dann können sie als geschichtlich veränderbar und damit auch als prinzipiell lösbar betrachtet werden. Anthropologie erscheint entsprechend aus gesellschaftskritischer Sicht als unkritisch, da sie die Verhältnisse als „ganz natürlich“ oder „menschlich“ verewige bzw. anthropologisiere und somit bürgerliche Ideologie sei. Kritische Wissenschaft erscheint dagegen als grundsätzlich „fortschrittliche“ Theorie und Praxis, welche die gesellschaftlichen Verhältnisse historisiert, sie aufgrund ihrer geschichtlichen Bedingtheit kritisiert und sie so „zum Tanzen“ bringt.

Eine klare Unvereinbarkeit von Anthropologie und kritischer Wissenschaft also? Dass dies eine Täuschung ist und dass Koflers eingangs zitierter Satz im Bezug auf kritische Wissenschaften noch immer zutrifft, das ist die Hauptthese dieses Textes. In einem Satz: kritische Wissenschaften dürfen auf eine explizite Anthropologie als „Vortheorie“ nicht mehr verzichten.⁴

Aber: die Diskussion um Anthropologie wird nicht geführt. Ist es nicht völlig überflüssig, eine irgendwie „humanistische“ Anthropologie auszuarbeiten? Gibt es für kritische Köpfe nichts Besseres zu tun? Und klingt „humanistisch“ nicht ohnehin nach bürgerlicher Aufklärung und somit nach der frühkapitalistischen Utopie, welche im Kapitalismus die der menschlichen Natur entsprechende Gesellschaftsform sah? Was sollen denn die Gründe für die Notwendigkeit einer solchen humanistischen bzw. marxistischen Anthropologie heute sein?

[1] Leo Kofler: *Der asketische Eros. Industriekultur und Ideologie*, Wien 1967, S. 23.

[2] Leo Kofler: „Die Bewusstseinsanthropologie im Materialismus von Karl Marx“, in: *Zur Kritik bürgerlicher Freiheit. Ausgewählte politisch-philosophische Texte eines marxistischen Einzelgängers*, Hamburg 2000, S. 214.

[3] Auch andere Marxisten haben die Bedeutung der Anthropologie und des Menschenbildes für den Marxismus herausgestellt. Kofler steht keineswegs auf verlorenem Posten. Er ragt im Gegenteil als Systematiker und Vorläufer neuerer Ansätze heraus. Genannt seien z. B. E. Fromm, H. Lefebvre, A. Honneth, C. Jünke.

[4] Kofler selbst bezeichnet die Anthropologie u.a. als „Vortheorie“ des Marxismus. Vgl. Leo Kofler: „Die Bewusstseinsanthropologie im Materialismus von Karl Marx“, in: *Zur Kritik bürgerlicher Freiheit. Ausgewählte politisch-philosophische Texte eines marxistischen Einzelgängers*, Hamburg 2000, S. 219.

Das Thema der humanistischen Anthropologie bleibt aktuell, wenn es auch nicht breit diskutiert wird. Wenn heutzutage die konservativen Ideologen: die Sarrazins, die Sloterdijks, die Westerwellen, die Rüttgers und ihre rot gefärbten „sozialdemokratischen“ Kollegen in gewissen Bevölkerungsgruppen wie Migranten, Arbeitslosen, Chinesen, Moslems und in allen ungehorsamen Bürgern von Grund auf faule, integrationsunfähige und daher zu disziplinierende „Schmarotzer“ sehen und diese Vorstellung medienwirksam machen, so verbreiten sie bewusst oder unbewusst ein Menschenbild, und zwar ein menschenfeindliches,

pessimistisches, repressives. Auch wenn sie die Faulheit, die Weltfremdheit und das Schmarotzertum angeblicher „Leistungsträger“ gerne übersehen, verschweigen und leugnen - somit also nur einem Teil der Menschen diese quasi anthropologischen Eigenschaften unterstellen - betreiben diese Ideologen doch eine Art vulgärer „Lehre vom Menschen“. Die mediale Wirkung dieses pessimistischen Menschenbildes ist, dass die Menschen aller Schichten und Klassen allmählich davon überzeugt werden und theoretische wie praktische Konsequenzen daraus ziehen. Da die Menschen „von Grund auf“ faul, integrationsunwillig und parasitär seien, aber zugleich das Ideal des fleißigen, braven und genügsamen Leistungsträgers propagiert und für (fast) jeden Menschen als gültig erachtet wird, so müssen die Menschen entsprechend streng behandelt werden. Da hilft also nur der negative Anreiz: Missbilligung, Verachtung, materielle und physische Strafen, Zwang oder die Ausweisung sind damit gerechtfertigt. Hier vermischt sich die anthropologisch-konservative Argumentation mit dem Klassenkampfdenkens von oben. Konkret heißt das oft, dass Lohnkürzungen für Arbeitslose, Entrechtung von Asylanten, rassistische Pauschalierungen von Ethnien und Verleumdung unliebsamer Bürger durch die Politik betrieben werden kann, ohne dass großer Widerstand zu erwarten ist. Schließlich erscheint dem pessimistischen Menschenbild zufolge Widerstand gegen Repression als unsinnig und „idealistisch“.

Manch kritischer Kopf wird nun zwar meinen, dies alles sei zwar richtig, aber sogleich rhetorisch fragen: „wozu brauchen wir kritischen Wissenschaftler, Sozialisten und alle mit dem Bestehenden Unzufriedenen in diesem Zusammenhang denn nun eine so genannte marxistische Anthropologie? Geht es nicht ohne?“

Zum einen dürfen sich kritische Wissenschaftler_innen von der politischen Instrumentalisierung von wissenschaftlichen oder

pseudowissenschaftlichen Theorien nicht abhalten lassen, zu fragen, ob es anthropologische Grundlagen des Menschen und seiner Gesellschaftsformen gibt. Zum anderen müssten speziell Linke sogar ein besonderes Interesse an einer solchen Fragestellung haben, denn Leo Kofler fragt bspw. rhetorisch zurück:

„Warum sollen von der positivistischen oder bürgerlich-anthropologischen Warte aus besehen Klassengesellschaft und Herrschaft des Menschen über den Menschen einen geringeren Geltungswert besitzen als klassenlose Gesellschaft und Selbstverwirklichung?“⁵

Kofler selbst beantwortet diese Frage so:

„Eine von der marxistischen Theorie erstrebte humanistische Definition des Menschen ist auf der bloßen Grundlage einer nur historischen Betrachtung nicht möglich, weil auf dieser Grundlage sowohl jeglicher feste Maßstab dafür fehlt, zu beurteilen, was historischer Fortschritt (...) eigentlich ist, wie auch dasjenige unbestimmt und unbegriffen bleibt, was in der Theorie von Marx die ‚Selbstverwirklichung des Menschen‘ ausmacht.“⁶

Kofler verweist hier auf die zwei sich völlig entgegengesetzten Anthropologien und die damit jeweils einhergehenden Menschenbilder, die je

einen Maßstab liefern dafür, welche Gesellschaft und Politik der menschlichen Natur entspricht. Es ist dieser anthropologische Maßstab, der die Bedeutung der Anthropologie ausmacht. Ohne ihn lässt sich nicht plausibel erklären, weshalb etwa Unterdrückung, Herrschaft, Ausbeutung und Krieg abgeschafft werden müssen. Zyniker denken sich hier sicherlich: „Na und? Lass sie doch Krieg führen etc., wenn sie nicht anders können oder wollen! Menschen sind eben so!“ - Aber das zeigt nur, dass diese Zyniker selbst dem repressiven Menschenbild verfallen sind und nicht sehen, dass ihre Gleichgültigkeit prinzipiell ein Hindernis auch für ihre eigene „Selbstverwirklichung“ ist.

Das Menschenbild liefert also einen Maßstab für Gesellschaft und Geschichte. Worin besteht aber genau der Unterschied zwischen repressivem und humanistischem Menschenbild? Die in bürgerlichen Ideologien inbegriffene Anthropologie geht davon aus, dass die menschliche Natur bereits alle Missstände der bürgerlichen Gesellschaft erklärt, womit diese als „ganz natürlich“ oder „menschlich“ erscheinen. Die bürgerliche Anthropologie versucht aus allerhand empirischem Material, aus dem alltäglichen Verhalten der Menschen in der Konkurrenzgesellschaft und aus ihren großen gesamtgesellschaftlichen Missständen, be-



Leo Kofler (1907-1995) war ein österreichisch-deutscher marxistischer Philosoph jüdischer Herkunft.

[5] Ebenda, S. 214.

[6] Leo Kofler: Aggression und Gewissen. Grundlegung einer anthropologischen Erkenntnistheorie, München 1973, S. 18.

stimme „Triebe“ der Menschen herauszufiltern, um wiederum die schlechten und angeblich unvermeidbaren Seiten der Gesellschaft zu erklären. Im Grunde entwickelt die bürgerliche Anthropologie ihr Menschenbild unvermittelt aus der kapitalistischen Klassengesellschaft. Ihr menschlicher Maßstab verbleibt daher immer in den beschränkten Möglichkeiten, die den Menschen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ausmachen. Wenn sie Lösungen für gesellschaftliche Probleme anbietet, kommt sie daher nur zu temporären und oberflächlichen Scheinlösungen, da sie die eigentlichen Ursachen ja im Menschen „an sich“ und nicht in den gesellschaftlichen Verhältnissen sieht. Meist sind diese Scheinlösungen dann auch noch repressiver Natur, da Repression sowohl der bürgerlichen Staatsmacht wie dem bürgerlichen Menschenbild entspricht.

Die marxistische Anthropologie Koflers hingegen geht umgekehrt davon aus, dass die konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse mit all ihren Missständen erst das oberflächliche Menschenbild der anthropologischen Pessimisten erzeugen und rechtfertigen. Für Kofler ist der Mensch keineswegs immer identisch mit dem Menschen der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft – sein Menschenbild ist weltoffen und konkret: der Mensch (als einzelner wie als kollektiver) kann „gut“ oder „schlecht“ sein, je nach den gesellschaftlichen Umständen. Ebenso ist für ihn die Gesellschaft nicht immer identisch mit der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft. Sowohl der heutige Mensch wie die heutige Gesellschaft sind für Kofler nur konkrete Verwirklichungen der menschlichen bzw. gesellschaftlichen Möglichkeiten. Diese menschlichen Möglichkeiten gewinnt Kofler nicht aus dem empirischen Material und dem Alltag, was er als oberflächlich ablehnt. Er gewinnt sie vielmehr aus der analytischen Abstraktion von konkreter Empirie und Alltag. Das Ergebnis ist die Erkenntnis des menschlichen „Wesens“. Dieses menschliche „Wesen“ bleibt bei Kofler jedoch – und das ist ein entscheidender Unterschied zur bürgerlichen Anthropologie – rein formal. Formal heißt hier, dass das „Wesen“ nur als Voraussetzung der konkreten Empirie und des Alltags aufzufassen ist. Es wird für die Möglichkeit von konkreter Gesellschaft bloß vorausgesetzt. Es kann daher die konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse nicht erklären oder bestimmen, sondern nur der Aufdeckung ihrer Möglichkeit überhaupt und ihrer Möglichkeiten in Zukunft dienen und die Aufdeckung der menschlichen Möglichkeiten ist zugleich das Maß für die „Selbstverwirklichung“ des Menschen. Entsprechend definiert Kofler die Anthropologie: „sie ist die Wissenschaft von den unveränderlichen Voraussetzungen menschlicher Veränderlichkeit.“⁷

Kofler begründet damit zwei von einander abhängige Teil-Wissenschaften: die marxistische Anthropologie und die marxistische Geschichtsauffassung. Die Anthropologie ist abstrakt und

formal, die Geschichtsauffassung ist konkret und inhaltlich. Der formale Charakter ist jedoch nicht zu vernachlässigen, denn erst er ermöglicht die reale, konkrete Geschichte; erst eine solche Anthropologie gibt der kritischen Geschichtsauffassung den Maßstab, wie umgekehrt die Geschichtsbetrachtung der kritischen Anthropologie die Konkretisierung gibt. Beide hängen voneinander existenziell ab. Wird eine von der anderen abgetrennt, verlieren beide ihren ausformulierten Sinn.

Im Anschluss an die linke Kritik der Wissenschaften kann man sagen: kritische Wissenschaften müssen historisch vorgehen. Sie sind damit Teil der kritischen Geschichtsauffassung. Die kritischen Wissenschaften müssen zynische Moral und Verewigung von Missständen wie etwa bei Sarrazin oder Sloterdijk kritisieren, da sie sonst auf das unkritische Niveau bürgerlicher Wissenschaften fallen. Aber: sie können es nur auf Grundlage eines Maßstabes tun. Dieser fehlt der linken Kritik, wenn sie kein Menschenbild formuliert. Der Maßstab, den die marxistische Anthropologie liefert, ist gerade dafür bestens geeignet. Er schützt die Geschichtsauffassung wie alle anderen Wissenschaften sowohl vor der Verewigung historisch-gesellschaftlicher Verhältnisse als auch vor zynischer Moral. Ohne diesen Maßstab ist kritische Wissenschaft letztlich unbegründet und steht bloß in beliebiger und unverständlicher Opposition zur traditionellen Wissenschaft. Der bürgerlich-pessimistische Zynismus muss und kann nur durch einen anthropologischen Optimismus abgewehrt werden. Die Verabsolutierung der inhumanen gesellschaftlichen Verhältnisse muss durch die Geschichtsauffassung des historischen Materialismus relativiert werden. Der Maßstab der Anthropologie sollte daher ausformuliert und konkretisiert werden und zur letzten Begründung humanistischer Kritik an Kapitalismus, an repressiven Menschenbildern und an traditioneller Wissenschaft herangezogen werden. Und nur durch die Abwehr des repressiven Menschenbildes können kritische Köpfe die pessimistischen und resignativen Köpfe von der Richtigkeit und Notwendigkeit der humanistischen Gesellschaftskritik, der kritischen Wissenschaften wie auch des Sozialismus überzeugen. Darin besteht die Bedeutung marxistischer Anthropologie.

Die kritischen Köpfe werden sich nun eine Konkretisierung dieses humanistischen Maßstabes wünschen. Wie genau sieht denn nun dieses „Wesen“ des Menschen aus? Wodurch ist der Mensch definiert?

Erinnern wir uns dafür nochmal an Koflers Definition der Anthropologie: „die Wissenschaft von den unveränderlichen Voraussetzungen menschlicher Veränderlichkeit.“ Mit der menschlichen Veränderlichkeit befassen sich ja die konkreten geschichtlichen Wissenschaften. Die Anthropologie spezialisiert sich auf die unveränderlichen Voraussetzungen. In Koflers

[7] Leo Kofler: Der asketische Eros. Industriekultur und Ideologie, Wien 1967, S. 28.

Schriften finden sich einige dieser Voraussetzungen, die hier weiter nicht interessieren.⁸ Die wesentliche, den Menschen wirklich definierende Voraussetzung seiner Veränderlichkeit aber ist für ihn: „die Identität von Bewusstsein und Arbeit, des weiteren von Bewusstsein, Telos, Arbeit, Vergesellschaftung, Begriff und Sprache“⁹. Diese Begriffe kennzeichnen laut Kofler bloß verschiedene Ausprägungen ein und derselben menschlichen Eigenart. Sie sind losgelöst von einander unmöglich und undenkbar, sie bedingen einander. Sie machen daher zusammen den qualitativen Unterschied zu allen bloß tierischen Wesen aus.¹⁰ Zugleich räumt Kofler scheinbar im Gegensatz dazu ein: „wenn überhaupt von etwas Gleichbleibendem im Menschen die Rede sein kann, dann ist es seine Veränderlichkeit im historischen Raum.“¹¹ Das bestätigt aber nur die Bestimmung des menschlichen Wesens als einer bloß formalen Voraussetzung von Geschichte, die angenommen werden muss, die aber für sich genommen die konkreten Inhalte der Geschichte nicht erklärt und daher auch kein abstrakt-ahistorisches Prinzip oder dergleichen ist, welches die Geschichte mache, wie es bei Idealisten angenommen wird.

Aber diese Definition des Menschen als eines bewussten, arbeitenden etc. für sich genommen rechtfertigt noch nicht Gesellschaftskritik, kritische Wissenschaften und Sozialismus. Erst die weiteren theoretischen Ableitungen aus dieser marxistischen Definition des Menschen, die schließlich zum „spielenden Menschen“ als der eigentlichen sonderbaren Anlage des Menschen führen, rechtfertigen jegliche kritische Abwehr gesellschaftlicher Missstände. Hier ist allerdings nicht genug Raum, die genauen Ableitungen wiederzugeben.¹² Aber man kann diskutabile Andeutungen machen: Arbeit, Bewusstsein, Zielsetzung, Sprache

etc. wären leere Mittel ohne den Zweck der Bedürfnisbefriedigung, des Genusses, der Lust, des Erotischen. Die Erkenntnis der Beziehung von Mittel und Zweck, von Anstrengung und Belohnung, von Askese des Mittels einerseits und Erotik des Zwecks andererseits liefert zugleich die Erkenntnis dafür, was der Mensch sein kann und sein soll: spielender Mensch. Aus der Anlage, aus der Möglichkeit wird eine Bestimmung abgeleitet: der Mensch soll ein spielender Mensch sein, weil er es sein kann und durch jede seiner Handlungen sein will.¹³ „Spiel“ heißt bei Kofler wie bei Marx so viel wie freies Betätigen der menschlichen Kräfte. So kindisch es klingen mag: des Spiels wegen gibt es überhaupt Klassenherrschaft und Klassenkampf. Die herrschenden Klassen und ihre korrumpierten Anhängsel existieren nur, weil sie durch Ausbeutung prinzipiell mehr Spiel, mehr Freiheit, mehr Genuss haben. Die ausgebeuteten Klassen lehnen sich dagegen nur deswegen auf, weil sie für sich selbst mehr Spiel, mehr Freiheit, mehr Genuss beanspruchen. Wird das Streben nach freiem Spiel und nach Erreichen immer höherer Stufen von Freiheit ausgeblendet, dann erscheint nicht nur jegliche Klassenherrschaft ohne Sinn, sondern auch jegliche Geschichte. Was ist historischer Fortschritt, wenn nicht das Erreichen immer höherer Stufen der Freiheit, des Spiels und der Selbstverwirklichung des Menschen?

Mit Kofler lässt sich schließen: „Die anthropologische Bestimmung des ‚eigentlichen Menschen‘ als eines mit dem Eros identischen steht nicht für sich, sondern wird maßgeblich für alle Wissenschaften, in denen sich ausdrücklich oder auf vermittelte Weise die Frage nach dem richtigen Handeln stellt.“¹⁴

[8] Übrigens ist auch die traditionelle Wissenschaft unbegründet, wenn ihr Ziel nicht menschliche Fortschritte sind.

[9] Im Allgemeinen macht er insgesamt acht dieser anthropologisch-formalen Bedingungen menschlicher Existenz aus: die menschliche Vernunft, die menschliche Tätigkeit, die Geschichtlichkeit des Menschen und seine Entäußerung, seine physische und seine psychische Organisation, seine Vergesellschaftung, sowie die Subjekt-Objekt-Dialektik.

[10] Leo Kofler: „Die Bewusstseinsanthropologie im Materialismus von Karl Marx“, in: Zur Kritik bürgerlicher Freiheit. Ausgewählte politisch-philosophische Texte eines marxistischen Einzelgängers, Hamburg 2000, S. 219.

[11] Könnte man etwa Affen auch nur eine dieser Eigenarten nachweisen, dann müsste man diese konsequent zur menschlichen Gattung zählen. Da aber Kofler eine qualitative anthropologische Setzung vornimmt, die etwaige „Anfänge“ von Bewusstsein, Arbeit, Zielsetzung, Vergesellschaftung bei Tieren als bloß instinkthaft und in absehbarer Zeit als unveränderbar annimmt, würden wohl keinem Affen die Menschen- oder Bürgerrechte zustehen. Würde aber jemand mit dem Äußeren eines Affen nicht nur ein einteiliges Holz- oder Steinwerkzeug nutzen, sondern sich einen Vorrat davon zulegen oder gar Ackerbau und Viehzucht betreiben, Deutsch oder Chinesisch sprechen, Puschkin lesen oder ein Buch beliebigen Inhalts schreiben, dann müsste man ihn zweifellos zur menschlichen Gattung zählen.

[12] Leo Kofler: Der asketische Eros. Industriekultur und Ideologie, Wien 1967, S. 25.

[13] Siehe z.B. Koflers hier zitierte anthropologische Schriften, die Homepage der Leo-Kofler-Gesellschaft (www.leo-kofler.de) oder für eine kurze Zusammenfassung der Anthropologie Koflers: Christoph Jünke: „Wann ist der Mensch ein Mensch? Leo Koflers anthropologische Utopie“, zuerst in: Sozialismus, Heft Nr. 306, Januar 2007 (<http://www.linksnet.de/de/artikel/20294>).

[14] „Der Mensch handelte nicht, wenn er nicht gleichzeitig nach glückhafter Befriedigung des Eros strebte.“, in: Leo Kofler: Der asketische Eros. Industriekultur und Ideologie, Wien 1967, S. 34.

“Der Sozialismus ist nicht gescheitert”

- ZITIERT AUS DER TAZ VOM 19.07.2010 -

Als die Mauer fiel, drückte Florian Wilde in Kiel die Schulbank. Inzwischen ist er Historiker und steht im Dienst der Linkspartei: Er berät sie in Sachen Geschichte und soll zugleich ihre stalinistischen Rückstände auskehren.

taz: Herr Wilde, Sie sind jung und in Westdeutschland aufgewachsen. Fühlen Sie sich da qualifiziert, im Auftrag der SED-Nachfolgepartei die DDR zu beurteilen?

Florian Wilde: Wir beraten den Parteivorstand ja allgemein zu historischen Fragen - etwa zum Komplex 1968 oder zum 90. Jubiläum der Novemberrevolution. Die DDR ist zwar nicht mein Spezialgebiet, aber als marxistischer Historiker fühle ich mich schon qualifiziert, das zu beurteilen.

Können Sie sich an Ihren ersten DDR-Besuch erinnern?

Ja, ich war 1989 vor der Wende mit meinen Eltern in Berlin.

Und wie wars?

Eine sehr verstörende Erfahrung: Die Grenzkontrollen, die Polizei, das war extrem abschreckend. Ebenso wie der Blick über die Mauer, das Gefühl, diese eingesperrten Menschen zu sehen. Das wirkte auf mich wie ein Großraumgefängnis.

Sie hätten dort also nicht leben wollen?

Nein. Mit meinem politischen Engagement hätte ich da wohl mit den Autoritäten große Schwierigkeiten gekriegt.

Können Sie sich noch an die Zeit des Mauerfalls erinnern?

Wir haben das am Fernseher verfolgt, ich war total begeistert, als die Mauer gefallen ist. Zwei Tage später haben meine Eltern wildfremde Ostdeutsche aus der Innenstadt mit nach Hause gebracht, die haben uns dann auch zu sich eingeladen.

Wie würden Sie die Wende beschreiben?

Eingeleitet wurde sie von einer breiten Massenbewegung mit antistalinistischer Stoßrichtung. Die Leute wollten eine demokratische Revolution in der DDR. Es gelang den westdeutschen Eliten aber schnell, sie auf eine Wiedervereinigung zu orientieren.



Will die DDR nicht verklären, ihre Errungenschaften aber auch nicht vergessen: **Florian Wilde.**

Den Montagsdemonstranten wurde der Ruf nach Einheit von der BRD souffliert?

Zuerst hieß es nur: ‚Wir sind das Volk‘, dann erst: ‚Wir sind ein Volk.‘ Natürlich wollten die westdeutschen Eliten die Einheit, und natürlich haben die sofort entsprechend interveniert.

Ohne eine entsprechende Offenheit der Ostdeutschen wäre das wohl folgenlos geblieben.

Die Menschen hatten auch Hoffnungen auf soziale Veränderungen. Und als Kohl mit den Bananen wedelte und blühende Landschaften versprach, hieß das: Allen Menschen wird es schnell viel besser gehen. Dieses Versprechen war ein wesentlicher Grund dafür, dass die DDR abgeschafft werden konnte.

Und das hat sich nicht erfüllt?

Demokratischen Fortschritt gab es natürlich. Die Aussichten auf soziale Verbesserungen haben sich aber nur bedingt erfüllt. Es gab eine umfassende Deindustrialisierung, Massenarbeitslosigkeit und eine Verödung ganzer Landstriche.

Kulturell verödet war die DDR ja vorher schon, und die Vollbeschäftigung dort war eher eine Art sozialistischer Beschäftigungstherapie in maroden Betrieben ...

Mag sein, aber dies führte immerhin nicht zum gesellschaftlichen Ausschluss wie Arbeitslosigkeit jetzt. Und die Wiedervereinigung hatte eine Welle von Rassismus und neuer deutscher Großmachtspolitik - mit der Bereitschaft zu weltweiten Kriegsein-

sätzen - zur Folge.

Im November jährt sich der Mauerfall zum 20. Mal, der Kampf um die Deutungshoheit über die DDR wird sich zuspitzen. Wie bereiten Sie sich auf dieses Datum vor?

2009 ist ja ein doppeltes Jubiläum: 60 Jahre Staatsgründung von BRD und DDR und 20 Jahre Mauerfall. Wir arbeiten an einer Erklärung, in der wir versuchen, die DDR nicht nur von ihrem Ende zu betrachten, sondern die Legitimität der zwei deutschen Staaten aus dem historischen Kontext heraus zu erklären.

Legitimität? Die Alliierten wollten die Blockkonfrontation institutionalisieren ...

Natürlich war die Blockkonfrontation ein Grund für die DDR-Gründung. Es war aber auch der Versuch, andere Lehren aus der Zeit des deutschen Faschismus zu ziehen als im Westen.

Welche denn?

Anders als im Westen konnten in der DDR die alten Nazis nicht wieder in führende Positionen aufsteigen. Außerdem hat man dort versucht, die ökonomischen Eliten, die 1933 die Nazis mit an die Macht gebracht hatten - Großgrundbesitzer, Schwerindustrielle, Finanzkapital - konsequent zu entmachten.

Laut Parteivorstandsbeschluss soll Ihre Kommission "dem Einfluss medial vermittelter Geschichtsinterpretationen politisch vorherrschender Kräfte etwas entgegensetzen". Wer sind denn diese Kräfte?

Der westdeutsche Mainstream, von sozialliberal bis rechtskonservativ. Deren Erzählung läuft darauf hinaus, den Kapitalismus als alternativlos darzustellen - und dazu zieht man 1989 heran. Die DDR wird als sozialistisch gezeichnet, um den Sozialismus generell zu diskreditieren.

Die DDR war also nicht sozialistisch?

Das Dutschke-Wort gilt: Im real existierenden Sozialismus war alles mögliche real, aber nicht der Sozialismus. Im Arbeiter- und Bauernstaat herrschte eine Staats- und Parteibürokratie, nicht das Volk.

Und welche Deutung setzen Sie dem entgegen?

Dass der Sozialismus mit der DDR nicht grundsätzlich gescheitert ist. Die Widersprüche der Gesellschaft verlangen nach wie vor nach Alternativen. Deswegen ist es so wichtig, die DDR nicht zu glorifizieren. Demokratie und Sozialismus gehören untrennbar zusammen, und deshalb scheidet die DDR als Vorbild der Zukunft aus. Zum anderen versucht die herrschende Geschichtsschreibung, die deutsche Geschichte auf eine Erfolgsstory West zu verengen - womit die DDR-Bürger zugleich als Loser abgestempelt werden.

Ihre zweite Aufgabe ist es, der "Konservierung überholter Geschichtsdeutungen in Teilen der Mitgliedschaft" entgegenzutreten. Welche Deutungen sind dies?

Im Gegensatz zum Mainstream im Westen versuchen einige, meist ältere Parteimitglieder, quasi spiegelverkehrt, die DDR als große sozialistische Errungenschaft hinzustellen. Wenn wir sozialistische Perspektiven offen halten wollen, dürfen wir diesen Schritt der Identifizierung nicht mitgehen.

Wie viele Linke-Mitglieder sind es denn, deren Geschichtsbild als "überholt" gelten muss?

Es gibt bei einem Teil der Mitgliedschaft schon noch stalinistische Vorstellungen, der ist aber marginal.

Wie geht man mit dem um?

Es gibt Auseinandersetzungen, zum Beispiel mit dem Ältestenrat, der in Teilen einen positiveren Bezug zur DDR-Vergangenheit vertritt. Darüber diskutieren wir solidarisch mit denen, und das gehört zu einer pluralen Partei dazu. Ich bin aber sicher, dass ein großer Teil der Mitglieder unser Geschichtsbild teilt.

Seit der Fusion mit der WASG?

Die hat das natürlich gestärkt, weil Kräfte mit ganz anderen Traditionen hinzugekommen sind. Ein Bruch mit dem Stalinismus gehörte aber schon zum Gründungskonsens der PDS.

Hatte die DDR gute Seiten?

Die erwähnte Entmachtung der alten Nazis, billige Mieten, günstiger Nahverkehr, ein egalitäres Bildungssystem. Und die außenpolitische Unterstützung der antikolonialen Bewegungen ...

..., die oft ziemlich schnell in einen autoritären Stalinismus kippten.

Das mag sein, aber im Vietnamkrieg etwa stand die DDR auf Seiten der Unterdrückten und die BRD auf Seiten der Unterdrücker.

Aktuelle Studien zeigen, dass der Anteil der Menschen, die die DDR positiv sehen, steigt. Vor allem unter SchülerInnen. Wie gehen Sie mit solcher Verklärung um?

Das hat sicher mit enttäuschten Hoffnungen zu tun. Wenn wir aber sozialistische Alternativen stark machen wollen, dann müssen wir die Einheit von Demokratie und Sozialismus klar machen. Die massiven Demokratiedefizite, die starke autoritäre Bevormundung der Bevölkerung und die heftige Repression gegen Dissidenten in der DDR dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Trotzdem kann man nicht die DDR nur als Negativfolie für die Erfolgsgeschichte der BRD begreifen.